

Haushaltsrede
von Bürgermeister Walther Boecker
zum Haushaltsplanentwurf 2010
in der Sitzung des Rates der Stadt Hürth
am 02.02.2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste auf den Besucherrängen und aus den Redaktionen,

mit dieser Ratssitzung schlagen wir das schwierigste Finanzkapitel der Hürther Nachkriegsgeschichte auf. Unsere Stadt befindet sich in einer tiefgreifenden Finanzkrise von wahrhaft bedrohlichem Ausmaß für die Strukturen unserer Stadtgesellschaft.

Unsere derzeitige Finanzkrise hat unterschiedliche Ursachen. Teils sind es äußere, Einflüsse denen wir ausgesetzt sind. Hierzu zählt die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die uns jetzt – mit einer gewissen Verzögerung – mit voller Wucht einholt. Als die ersten Anzeichen einer konjunkturellen Belebung Mitte vergangenen Jahres vorausgesagt wurden, brachen unsere kommunalen Einnahmen dramatisch ein. Und – wie in kommunizierenden Röhren – steigen gleichzeitig unsere Ausgaben.

Wir haben noch das Lied der Neoliberalen von der selbst regulierenden Kraft des Marktes in den Ohren: Abbau der Staatsquote, schlanker Staat, privat vor Staat. Die Marktwirtschaft werde es schon alleine richten!

Jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Politik. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden hautnah zu spüren bekommen, was es heißt, staatliche und kommunale Aufgaben abzubauen. Sie werden darunter zu leiden haben, wenn kommunale Dienstleistungen nicht in dem gewohnten Umfang erbracht werden können. Die marktradikale Politik hat unserem Staat und unserer Kommunalpolitik schweren Schaden zugefügt!

Wir müssen aus dieser Katastrophe unsere Lehren ziehen. Wir brauchen eine starke, handlungsfähige öffentliche Hand. Wir brauchen eine starke Kommune, die die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert und die Kraft hat, die Zukunft zu gestalten. Allen Neoliberalen, die uns jetzt wieder Glauben machen wollen, es sei die Zeit der Privatisierung gekommen, denen erteilen wir eine eindeutige Absage. Die Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben bei uns in öffentlicher Verantwortung.

Die Finanzkrise macht unübersehbar klar, dass die kommunale Finanzverfassung in Deutschland zwingend neu gestaltet werden muss. Hier

vor Ort werden die Dienstleistungen erbracht. Hier vor Ort muss deshalb eine eigenständige, auskömmliche Finanzierung dieser Aufgaben etabliert werden. Wenn dieser Prozess jetzt nicht eingeleitet wird, steht die kommunale Selbstverwaltung auf dem Spiel.

Ein weiterer Grund für die Schieflage unserer Stadtfinanzen liegt darin, dass Bund und Land die kommunale Ebene für eigene Sparaktionen missbrauchen. Da kommt Schlimmes auf uns zu. Die willkürliche Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen ohne angemessenen Finanzausgleich ist in höchstem Maße unlauter. Sie ist außerdem ineffektiv. Und sie führt nicht zu Einsparungen, sondern zu größeren Kosten. Unser kommunaler Widerstand ist gefordert, wie z. B. bei der gemeinsamen Klage mehrerer Kommunen gegen das Land wegen der Kosten der U 3-Betreuung.

Wir können dem Beispiel von Bund und Land nicht einfach folgen. Wir können die Finanzlasten nicht weiterreichen. Wir sind das letzte Glied in der Kette. Es wäre natürlich schön, wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern freien Eintritt in alle städtischen Einrichtungen gewähren könnten. Und die Rechnungen dafür würden wir mal eben an die Landes- und Bundesregierung schicken. Schön wäre es.

Aber, schauen wir nicht nur auf andere. Ich will hausgemachte Fehler nicht verschweigen – alleine schon deshalb, weil wir alles daran setzen müssen, sie nicht zu wiederholen.

Bei neuen Aufgaben haben wir in der Vergangenheit nicht selten die finanziellen Folgelasten zu wenig beachtet worden. Betriebs- und Folgekosten müssen wir künftig stärker in den Blick nehmen. So wird auf Ihre Anforderung hin unser Technischer Beigeordneter, Herr Franzen, in Abstimmung mit den Stadtwerken, demnächst ein Konzept vorlegen, das Vorschläge zur Weiterentwicklung und zum Wachstum unserer Stadt gerade im Hinblick auf die jeweils entstehenden Folgekosten enthält.

Hürth ist wahrlich keine arme Stadt. Hürth besitzt – im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen – noch viele der sogenannten Assets, die kommunale Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Wir haben z. B. ein Fernwärmenetz, das sich im bundesweiten Vergleich sehen lassen kann, uns gehört das Stromnetz überwiegend, wir sind an unserer Gasversorgungsgesellschaft (GVG) und an unserer Wohnungsbaugesellschaft

(GWG) maßgeblich beteiligt, wir betreiben ein eigenes Stadtbussystem, machen Müllabfuhr und Straßenreinigung selbst und haben z.B. die Entwässerungsanlagen nicht verkauft, um nur einige Beispiele zu nennen. Also noch einmal: Hürth ist keine arme Stadt. Vermutlich könnten wir jedes einzelne unserer aktuellen Probleme alleine ganz ordentlich bewältigen. Das Zusammentreffen aller Risiken jedoch macht die Lage so außerordentlich schwierig.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen 3 kurze Zitate vorlesen:

"Die Kommunen befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Die Finanz- und Wirtschaftskrise reißt tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte. Sie werden regelrecht zerrieben durch einbrechende Einnahmen, explodierende Ausgaben sowie steigende Kassenkredite." Und:

"Was mich ärgert ist die Ausrede von Bund und Land: Wir sind auch pleite. Berlin und Düsseldorf sollen nicht glauben, dass ein Konkurs der Kommunen sie völlig unberührt lässt". Und:

"Die Zahlen sprechen für sich: Wir haben ein strukturelles Problem, die Städte und Gemeinden sind seit Jahrzehnten unterfinanziert. Und sie sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, diese strukturelle Finanzkrise zu überwinden".

Diese Zitate stammen aus einer aktuellen Rede des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Schneider (CDU). Der vollständige Wortlaut dieser sehr informativen Rede liegt Ihnen vor.

Und noch eine aktuelle Information unseres Regierungspräsidenten: Im Bereich des Regierungsbezirks Köln befinden sich dieses Jahr 70 von knapp 100 Kommunen im Haushaltssicherungskonzept, davon 40 im nicht genehmigten. 29 Kommunen haben einen ausgeglichenen Haushalt, davon allerdings nur 2 einen echt ausgeglichenen. 9 Kommunen werden dieses Jahr ihr Eigenkapital aufgebraucht haben.

Vor diesem Hintergrund Folgendes: Sie wissen, ich bin normalerweise niemand, der einzelne Ratsmitglieder persönlich und öffentlich angeht, schon garnicht in öffentlicher Ratssitzung. Aber manchmal werden Grenzen soweit überschritten, dass auch ich mich zur Wehr setzen muss. Ich muss deshalb an dieser Stelle aus einem Schreiben zitieren, das ich vor gut 14 Tagen erhalten habe. Darin heißt es im Hinblick auf den Haus-

haltsentwurf 2010 u.a. - und zwar an den Kämmerer und mich adressiert - Zitat: "dass zunächst der letzte Rest , den unsere einst wohlhabende Stadt noch an Vermögen hat, verprasst wird, bevor nachhaltig gehandelt wird". Herr Fabian, wer so an der Realität vorbeischiebt, der weiß entweder von der Wirklichkeit nichts, oder er will ganz bewusst unsere Stadt mies machen. Um es nochmals in Erinnerung zu rufen: Wir haben in den letzten Jahren Schulden abgebaut, also Vermögen aufgebaut bzw. erhalten. Und wieviel das ist, habe ich eingangs beschrieben.

Um bei dem gleichen Schreiben zu bleiben: Sie Herr Fabian haben die Chuzpe zu behaupten, die finanzielle Situation der Stadt sei das Resultat einer jahrelangen, verfehlten Finanzpolitik, für die der Kämmerer und ich verantwortlich zeichneten. Mal abgesehen davon, dass die kommunalen Spitzenverbände unisono und parteiübergreifend ganz andere Faktoren für die miserable Finanzsituation der meisten Kommunen verantwortlich machen: Sie Herr Fabian haben - übrigens genauso wie ich - 8 von den letzten 10 Haushalten mitbeschlossen. So schlecht haben Sie aber doch nicht gearbeitet, oder?

Und noch eins. Sie halten die etwas spätere als sonst übliche Einbringung des Haushaltes - Zitat: " nicht nur für fahrlässig, sondern für eine grobe Pflichtverletzung". Dies ist ein weiterer Beleg, dass Sie herzlich wenig wissen, wie eine, wie unsere Verwaltung arbeitet. Ich habe selten erlebt, dass so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich so engagiert und intensiv in die Arbeit der Haushaltssanierung eingebracht haben. Die Einsparungen, die jetzt zusammengetragen worden sind, sind bei weitem höher als bei allen früheren Sanierungsrunden. Fragen Sie mal die in der Verwaltung, die schon 30 Jahre und länger dabei sind. Was wir jetzt geschafft haben und Ihnen heute vorlegen, ist ein großer Schritt hin zu einer nachhaltigen Konsolidierung unseres Haushaltes. Es ist längst noch nicht das Ende, aber wir sind auf einem guten Weg. Hier nun mir und damit letztlich allen beteiligten Mitarbeitern eine "grobe Pflichtverletzung" vorzuwerfen, gehört sich einfach nicht.

Das Gemeindehaushaltsrecht gibt uns nicht die Möglichkeit, Ertragseinbrüche durch Kreditaufnahmen zu finanzieren. Wir müssen den vom Gesetzgeber geforderten Ausgleich unseres Stadtetats durch Aufwandskürzungen bzw. Ertragssteigerungen erbringen. Dem fiktiven Haushaltsausgleich durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sind mit Blick auf deren Bestand enge Grenzen gesetzt. Auf diesen Rahmen wird unser Kämmerer näher eingehen.

Wenn es uns nicht gelingt, die Forderung der Gemeindeordnung zu erfüllen, droht uns unweigerlich das Haushaltssicherungskonzept. Voraussetzung für dessen Genehmigung ist die Wiederherstellung des Etatausgleichs bis zum Jahr 2014. Das sind die knallharten Fakten und gesetzlichen Rahmenbedingungen für unsere komplizierte Sparaufgabe. Zwischen diesen Begrenzungen müssen wir uns bewegen. Und wir alle sollten wissen, dass rechts und links keine Leitplanken stehen. Die verformen sich bei einem Aufprall nach außen. Wir bewegen uns zwischen Betonmauern.

Die entsprechenden Vorschriften des Landes zur Haushaltssicherung sehen unter anderem die stufenweise Reduzierung der Aufwendung für die freiwilligen Aufgaben vor. Der entsprechende Leitfaden für die Aufsichtsbehörden liegt vor bzw. kann auf der Internetseite des Innenministeriums eingesehen werden.

Sollte die Stadt in das Nothaushaltsrecht abgleiten, weil eben kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept erstellt werden kann, das Einnahmen und Ausgaben auf Heller und Cent ausgleicht, finden die strengen Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung Anwendung. Der von mir schon genannte Leitfaden sieht unter anderem vor, dass in diesem Fall die Kreditaufnahmen auf maximal 2/3 der ordentlichen Tilgung beschränkt werden.

Wie geht man in dieser Situation vor? Mit welcher Grundeinstellung? Der Kämmerer und ich haben gesagt: wir werden das schaffen. Wir wollen einen Haushalt ohne Haushaltssicherungskonzept und damit ohne Nothaushalt schaffen.

Und es ist uns mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf gelungen.

An dieser Stelle möchte ich ein großes Dankeschön an die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadtverwaltung und bei den Stadtwerken aussprechen. Sie haben sich mit großem Engagement und mit großem Erfolg an die schwierige Aufgabe der Haushaltskonsolidierung herangemacht.

Wie sieht es nun ganz konkret um unseren Hürther Haushaltsentwurf 2010 aus, sowohl vom Verfahren als auch von den Inhalten her?

Bereits früh im vergangenen Jahr haben wir uns gemeinsam mit dem Thema Haushaltskonsolidierung befasst. Erstes Ergebnis war der einstimmige Beschluss im Haupt- und Finanzausschuss am 26.05.2009 über das Konzept, wie wir möglicherweise gemeinsam die Haushaltskonsolidierung angehen wollten. Ende Juni hat unser Kämmerer Sie darüber informiert, dass ein extremer Einbruch bei den Gewerbesteuern eingetreten war und damit eine Haushaltssperre im Bereich des Möglichen sein würde. Ende Juli wurde dann vom Kämmerer im Einvernehmen mit mir eine Haushaltssperre erlassen, die der Rat Ende September ausdrücklich per Beschluss bestätigt hat.

Eine Haushaltssperre fünf Wochen vor der Kommunalwahl zu verhängen macht keine Freude. Wir haben es trotzdem getan, um den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl reinen Wein einzuschenken. Ich habe im Wahlkampf und in verschiedenen in diesem Zusammenhang stehenden Veranstaltungen immer gesagt, dass ein harter Konsolidierungskurs für das Haushaltsjahr 2010 notwendig sein werde. Davon würden voraussichtlich nahezu keine Haushaltspositionen verschont bleiben. Außerdem habe ich Steuererhöhungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sie aber als allerletzten Schritt bezeichnet, um das Haushaltssicherungskonzept und damit den Nothaushalt zu vermeiden.

Heute legen wir Ihnen einen Haushaltsplanentwurf vor, der, wenn er so beschlossen wird, nicht ins Haushaltssicherungskonzept, nicht in den Nothaushalt führt. Er enthält eine Konsolidierungssumme von 5,3 bzw. 5,8 Millionen €, bestehend aus Einsparungen in Höhe von ca. 3 Millionen € und Einnahmeerhöhungen in Höhe von ca. 2,3 Millionen € bzw. 2,8 Mio € im Jahr 2011.

Wir können das Geschäft nicht so betreiben, wie es die neue Bundesregierung tut. Wenn wir ihrem Beispiel folgen würden, müssten wir Gewerbesteuern und Grundsteuern senken, Eintrittspreise z. B. von De Bütt reduzieren und freiwillige Leistungen erhöhen, und alles mit der Maßgabe, dass damit die Konjunktur in Schwung kommt. Wir können und dürfen das nicht, wir sind verpflichtet, zur Vermeidung einer Überschuldung alle Einnahmemöglichkeiten zu nutzen. Im Gegensatz zum Bund gilt für Kommunen bereits jetzt eine Begrenzung für Kreditaufnahmen.

Die von uns vorgeschlagenen Einnahmeerhöhungen setzen sich wie folgt zusammen:

- Gewerbesteuer von 420 auf 440 Punkte (10 Punkte unter Köln)
= rund 960.000 €
- Grundsteuer A von 170 auf 228 Punkte = rund 16.000 €
- Grundsteuer B von 381 auf 420 Punkte = rund 860.000 €
- Parkraumbewirtschaftung: 1 Mio € jährlich, in 2010 nur 500.000 €

Diese Einnahmeerhöhungen sind am Ende erforderlich gewesen, weil mehr als 3 Millionen € Einsparungen nach unserer Ansicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sind, wenn man beim Sparen folgende Grundsätze beachten will:

- keine Einrichtung soll im Bestand gefährdet werden
- es soll keine einsparbedingten Kündigungen von Beschäftigten geben
- bei allem Sparen ist eine soziale Balance zu halten.

Um gerade Letzteres mit ein paar Beispielen zu belegen: Wir schlagen nicht vor, die Beiträge für Kitas, U3 und OGS zu erhöhen. Wir schlagen nicht vor, die Zahl der OGS-Plätze zu reduzieren, obwohl diese die Stadt teuer zu stehen kommen. Und wir verfolgen weiterhin das Ziel, die Zahl der U3-Plätze kräftig zu erhöhen.

Wo soll nun aber nach unserem Vorschlag gespart werden? Im Einzelnen können Sie das im Haushaltsplanentwurf nachlesen, da wir zu allen wichtigen Produkten die wichtigsten Maßnahmen erläutert haben. Beim Erarbeiten der Sparvorschläge haben wir die von Teilen des Rates erarbeiteten Prioritäten zugrunde gelegt, aber ehrlich gestanden, nicht alle Vorgaben erreicht.

Einen Teil der Einsparvorschläge haben Sie in den Eckpunkten bereits kennengelernt über die entsprechende Vorlage im Verwaltungsrat der Stadtwerke. Deren Anteil an unserer Haushaltskonsolidierung beträgt alleine 1,6 Mio €.

Der Kämmerer wird Ihnen gleich einige Einsparvorschläge in unserem Haushaltsplanentwurf konkret erläutern. Wir beide stehen den Fraktionen in den kommenden Wochen gerne zur Verfügung, um sie zu Einzelheiten weitergehend zu beraten.

Eine ganz wichtige Ausgabenposition sind die Personalkosten. Dazu drei Anmerkungen:

1. Wir haben im Rahmen unserer verwaltungsinternen Sparrunden, mit den Fachämtern abgestimmt, eine ganze Reihe von Stellen ermittelt, auf die wir in Zukunft verzichten können und wollen. Diese Stellen haben einen sogenannten KW-Vermerk (künftig wegfal-
lend) erhalten und werden, soweit die KW-Vermerke nicht bereits vorher ausgelöst werden, in den Personalkosten des Jahres 2013 im Haushaltsplan nicht mehr finanziell abgebildet werden. Das heißt, wir müssen bis dahin die entsprechenden Mitarbeiter umgesetzt haben.
2. Da im Rahmen der Neuorganisation der ARGE möglicherweise bis zu zwölf Mitarbeiter Ende 2010 zur Stadt zurückkehren, haben wir – und das tut mir persönlich sehr weh – für dieses Jahr – außer acht Brandmeisteranwärtern – keine Einstellung von Auszubildenden geplant. Diese Maßnahme muss aber eine einmalige Ausnahme bleiben, denn wir brauchen auch in Zukunft guten Nachwuchs in der Verwaltung.
3. Die dritte Anmerkung bezieht sich auf den Stellenplan: wenn man den Stellenplan um die erstmalig in diesem Jahr darin geführten Mitarbeiter des ehemaligen Bäderbetriebes bereinigt, haben wir in diesem Jahr 3 Stellen weniger als 2009. Und das, obwohl wir - vor allem im Jugendamt - 10 neue Stellen ausweisen, vor allem im Bereich der Kitas. Wenn man die zuvor beschriebenen neuen kw-Stellen hinzuzählt, haben wir mit dem neuen Stellenplan gut 20 Stellen eingespart.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Finanzkrise geradezu lähmend auf die Stadt legt. Allen Schwierigkeiten zum Trotz haben wir heute die große Chance, die Zukunft dieser Stadt zu gestalten. Hierzu gehört auch, dass wir trotz alledem in unsere Stadt investieren. Neben dem geplanten Investitionsvolumen der Stadtwerke in

Höhe von 39,6 Mio € investiert auch die Stadt, und zwar im Umfang von 17,2 Mio €. Hierin sind die Maßnahmen des Konjunkturprogramms enthalten, wie Sie sie aus der letzten Ratssitzung kennen.

Auch der Bau der beiden Mensen ist insofern nicht vergessen, als der Kämmerer zugesagt hat, die im Haushaltsplan 2009 enthaltenen Mittel, insgesamt 4,55 Mio €, abzüglich bereits ausgegebener bzw. durch Aufträge gebundener 740.000 €, zu übertragen, sodass wir in diesem Jahr die Planungen – ich gehe davon aus – mit reduziertem Raumvolumen – fortsetzen können.

Im Haushaltsentwurf ist auch noch der Bau von drei 4-gruppigen Kindertagesstätten enthalten mit Gesamtkosten von 6,9 Mio €. Im nächsten Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss schlagen wir Ihnen eine Lösung vor, mit der wir diese Investitionen sparen können, weil wir einen Investor gefunden haben, der uns die beiden Grundstücke abkauft, darauf zwei 6-gruppige Kindertagesstätten errichtet und diese zu sehr vernünftigen Konditionen an einen erfahrenen Betreiber vermietet, der uns hilft, viele neue Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige anzubieten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ob man das nun Bürgerhaushalt oder Bürgerbeteiligung der besonderen Art oder wie auch immer nennt: wir wollen – über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus – den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben, uns bei der Konsolidierung des Haushaltsplanes zu beraten. Dies soll zum einen im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung erfolgen. Zum anderen wird es eine Möglichkeit zur Stellungnahme über das Internet geben. Hierzu wird ab morgen eine besondere – unter anderem über die städtische Homepage erreichbare – Seite im Internet bereit stehen: www.huerth-buergerhaushalt.de. Hier können die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu unseren Konsolidierungsvorschlägen äußern. Sie können eigene Vorschläge machen und sie können auch untereinander über die jeweiligen Vorschläge diskutieren. Dankenswerterweise werden wir hier von der Firma Globalpark unterstützt, immerhin Hürther Wirtschaftsprästräger 2009 und weltweit agierendes Fachunternehmen. Die Aktion wird Anfang März abgeschlossen. Die Ergebnisse werden wir Ihnen in der zweiten März-Woche für Ihre Beratungen zur Verfügung stellen.

Dieser Haushaltsentwurf wird heftige Reaktionen und Diskussionen auslösen. Wir werden dafür auch ordentlich beschimpft werden. Das nehmen wir - wenn auch nicht gelassen - hin, denn es gibt nur eine Alternative zur Haushaltskonsolidierung mit Ausgabenreduzierungen und Einnahmeerhöhungen: Das nicht genehmigungsfähige Haushaltssicherungskonzept. Ich gehe bisher davon aus, dass niemand in unserem Stadtrat das möchte.

Bevor ich zum Schluss komme noch 2 Aspekte:

Der erste bezieht sich auf die Kosten der Fraktionen. Die Fraktionen sind uns lieb und teuer. Sie sollten aber preiswerter werden. Da müssen sich alle nochmal zusammen setzen und z.B. darüber nachdenken, ob das Verhältnis der Kosten der großen Fraktionen mit 18 bzw. 17 Mitgliedern und den Finanzmitteln für je eine Assistentenstelle und der kleinen Fraktionen mit 2,3 und 4 Mitgliedern mit dem Geld für jeweils eine halbe Stelle richtig ist. Und diejenigen, die bei diesem Thema am lautesten nach Kostenreduzierung rufen, sollten sich einmal die tatsächlich bei ihnen entstehenden Kosten für Sitzungsgeld und Verdienstausschlag - auch im Vergleich zu den anderen - ansehen. Ich halte es auch nicht für gerechtfertigt, dass Sachkundige Bürger, die maximal an ein oder zwei Ausschusssitzungen im Jahr teilnehmen können, Sitzungsgeld für bis zu 40 Fraktionssitzungen beanspruchen können. Und ist es richtig, dass Verdienstausschlag für eine Arbeitszeit von 7 bis 21 Uhr geltend gemacht wird? Ich finde, hier könnte der Rat noch mit gutem Beispiel beim Sparen vorgehen.

Mit dem 2. Aspekt richte ich mich an unsere Kreistagmitglieder, besonders an die, die gleichzeitig Mitglieder dieses Rates sind. Versuchen Sie bei den Haushaltsplanberatungen im Kreis die gleichen strengen Anforderungen anzulegen, wie wir das bei unserem Hürther Haushalt tun. Also z.B.:

Keine zusätzlichen nicht gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben beginnen.

Keine nicht zwingenden Erhöhungen von Ausgaben vornehmen.

Keine Erhöhung freiwilliger Leistungen, sondern moderate Reduzierung.

Wer diese einfachen Grundsätze zwar für Hürth akzeptiert, sie aber im Kreis nicht gelten lässt, der handelt m.E. schizophren.

Ich bin an dieser Stelle dem Landrat dankbar für seine Forderung, "geistige Mauern" einzureißen. Ja, da gibt es manches an Althergebrachtem zwischen Kreis und Kommunen einzureißen, auch das unterschiedliche bzw. gegensätzliche Verhalten Einzelner im Kreistag und im Stadtrat. Wenn wir, weil wir uns am Rande zur Pleite befinden, einen heftigen Sparkurs fahren, kann der Kreis nicht anders handeln, denn er gibt im Wesentlichen unser gemeinsames kommunales Geld aus.

Zum Schluss noch zwei wichtige Hinweise.

1. Unsere Konsolidierungsbemühungen sind noch nicht beendet, es gibt einige Projekte, die noch zu Ende gedacht werden müssen. Dazu gehören Themen wie die Lehrschwimmbecken, der Bestand des Bürgerhauses, die Anzahl der Sportplätze usw. Eine entsprechende Liste liegt Ihnen vor. Diese Projekte müssen im Sommer abgeschlossen werden, um sie dann spätestens in den Haushaltsplan 2011 einfließen zu lassen.

2. Der Hürther Stadtrat ist kein Parlament, es gibt keine Regierung, eigentlich auch keine Regierungsmehrheit und keine Opposition. Der Stadtrat ist ein kollegiales Verwaltungsorgan. Der Rat ist nicht Legislative, sondern Exekutive. Die Ratsmitglieder haben kein freies Mandat, sondern ein kommunales Ehrenamt. Der Stadtrat ist die politische Vertretung der Bürgerschaft, die die Grundsätze der Gemeinde festlegt. Weshalb ich das heute so betone? Ich möchte einfach nochmal darauf hinweisen, dass wir alle zusammen Verantwortung tragen, keiner sollte sich darauf zurückziehen, dass er ja alleine doch nichts bewegen könne.

Es heißt – sehr locker –: „Ohne Moos nix los“. Aber es stimmt: wenn wir den Haushalt nicht konsolidieren, werden unsere Gestaltungsmöglichkeiten für eine sozial gerechte Zukunft unserer Stadt auf Null reduziert. Außerdem hat das dann mit Nachhaltigkeit und Innovationsfreudigkeit nichts mehr zu tun.

Die Verwaltung hat mit viel Engagement zunächst einmal ihre Hausaufgaben gemacht. Jetzt ist der Stadtrat gefordert.

Lassen Sie uns gemeinsam mutig in die Haushaltsplanberatungen einsteigen – damit wir auch in Zukunft selbst gestalten können.